

## **In Ostfriesland gehen die Lichter aus – nur die AfD kämpft gegen die Diesel-Lüge**

Der ostfriesischen Wirtschaft, ihren Arbeitnehmern und allen Menschen in der Region steht ein düsteres Jahr 2019 bevor. Nach dem Einbruch bei Enercon drohen auch beim Volkswagenwerk Emden die Lichter auszugehen. Nur die AfD stellt sich dem Wahnsinn entgegen.

Zwar werden für Werkschließungen und Kurzarbeit eine um 3.500 Einheiten geringere Nachfrage nach dem Passat geltend gemacht. Doch stellt sich die Frage, ob diese aufgrund des politischen und juristischen Feldzugs gegen den Diesel nicht dauerhaft im Keller bleibt. Ob neue Modelle oder gar das Elektroauto den Vertrauensverlust in Sachen Diesel wettmachen können, wagt die AfD zu bezweifeln. Vielmehr befürchten wir, dass der politisch gewollte Tod des Dieselantriebs auch ein langes Siechtum in Emden und Ostfriesland nach sich ziehen wird.

Helfen würde eine politische Liebeserklärung an den Diesel, oder, rationaler ausgedrückt, eine Dieselgarantie bis 2050, wie von Alice Weidel ins Spiel gebracht. Doch die etablierten Parteien, insbesondere die SPD, verweigert sich. Sie nimmt Arbeitsplatzverluste, Kurzarbeit, Wertverluste für Autobesitzer und den absehbaren Niedergang einer ganzen Region billigend in Kauf.

Dabei könnte politisch einiges getan werden. So sind die derzeit geltenden Grenzwerte buchstäblich aus der Luft gegriffen. Die wissenschaftlich nicht begründbare Grenzwertziehung für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) liegt bei 40 Mikrogramm (µg) pro m<sup>3</sup> Luft. Zum Vergleich: In der Schweiz sind 600 µg/m<sup>3</sup> erlaubt. In der Werkshalle darf der VW-Mitarbeiter, gedeckt durch geltendes Recht, 950 µg/m<sup>3</sup> einatmen - das ist das 24-fache dessen, wovon er auf dem Nachhauseweg geschützt werden muss. Selbst die Sachverständigenkommission im Bundestag kam einhellig zum Schluss, dass es nicht möglich ist, Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Stickoxide in Konzentrationen bis 900 µg/m<sup>3</sup> nachzuweisen.

Stellen Sie sich vor, die maximale Menge von Hausstaub, also der grauen Schicht auf all Ihren Möbeln, werde per Gesetz auf 2 oder 3 Gramm beschränkt. Alle Häuser würden als unbewohnbar erklärt und müssten auf einen Schlag geräumt werden. Eine ähnliche hanebüchene Wertvernichtung geht gerade beim Diesel vor sich.

## **Europa: Kaum Messstationen, und wenn, dann etwas „abseits“**

Wie sagte dereinst der frühere Verkehrsminister Manfred Stolpe, SPD: In Brüssel wird's erdacht, in Deutschland gemacht, und in Italien gelacht. So auch hier: In den meisten europäischen Staaten ist die Zahl der Messstationen dermaßen gering, dass die NO<sub>2</sub>-Problematik dort nicht weiter auffällt. Auch die Standorte sind großzügig gewählt. In Griechenland stehen sie, nach dem „Vorbild“ Chinas, schon mal auf Hochhäusern, wo das NO<sub>2</sub> bereits stark verdünnt ist. Wir sind für ein Europa der gleichen Spielregeln. Wenn jeder misst, wann, wie und wo es ihm gerade lustig ist, dann fehlt die Grundlage für jede effektive Umweltpolitik.

## **Wer kämpft für Ostfriesland?**

Ostfrieslands bestbezahlter Frühstücksdirektor heißt Johann Saathoff, MdB, SPD. Er und seine Crew kosten den Steuerzahler mehr als eine Million Euro je Wahlperiode. Diese Kosten würde der

Steuerzahler aber leicht verschmerzen, würde der Mann wenigstens die Milliarden-Schäden, die „seiner“ Region drohen, abwehren.

Leider scheint er, im Einklang mit seiner und anderen Parteien, auf die Kopfgeburt Elektroauto zu setzen. Diese wird uns als Innovation verkauft, ist aber keine. Denn echte Innovationen – wie Computer oder Smartphone - werden vom Kunden als solche erkannt. Sie schätzen den hohen Nutzen im Vergleich zum Preis und reißen den Herstellern die Produkte förmlich aus den Händen.

Beim Elektroauto hingegen ist es genau umgekehrt: Hohe Kosten - wenig Nutzen – keine Nachfrage. In puncto Reichweite, Sicherheit und Wiederverkaufswert kann das E-Auto den Verbrennungsmotoren nicht das Wasser reichen. Nicht einmal umweltfreundlich ist es. Denn die Herstellung allein der Batterie verschlingt Unsummen an Ressourcen; sie benötigt Rohstoffe, die unter ausbeuterischer Kinderarbeit gewonnen werden. Kommt der Strom an einer der seltenen Ladestationen dann noch aus der (Braun)-Kohle, ist auch der tagtägliche Betrieb nicht sonderlich ökologisch.

Der Elektromobilität könnte das gleiche Schicksal drohen wie den erneuerbaren Energien: durch immense Subventionen wird erst eine Scheinblüte erzeugt. Diese bricht sofort zusammen, wenn die staatlichen Zuschüsse gekürzt werden oder ausländische Wettbewerber die Arena betreten. Die deutsche Solarindustrie, bzw. ihre Überreste, sollten Warnung genug sein. Im Sektor Windenergie hat das Flaggschiff Enercon Schiffbruch erlitten, wobei hausgemachte Ursachen hinzukommen.

Der hochgelobte US-Hersteller Tesla kommt in den ersten neun Monaten in ganz Deutschland auf „stolze“ 1616 Zulassungen seiner E-Autos, das sind 0,06% von knapp 2,7 Millionen Neuwagen. Um die jüngste Lücke von 3.500 Passat zu schließen, müssten im Werk Emden fast doppelt so viele E-Autos produziert werden, wie sie Tesla in ganz Deutschland in einem Jahr absetzt. Eine Fata Morgana.

Es mag ja sein, dass irgendwann einmal alle Probleme rund um das E-Auto gelöst sind. Aber zuerst den Diesel zu zerstören, mit ihm Arbeitsplätze und Existenzen, um „irgendwann“ einmal das Werk Emden besser und stetiger auslasten zu können, das ist fahrlässig und mehr als unverantwortlich. Dem tritt die Alternative für Deutschland als einzige Partei im Sinne der Bürger in Ostfriesland entschlossen entgegen.

Für den Vorstand

Prof. Dr. Reiner Osbild